

zusätzliches Mitglied

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	nicht teilgenommen
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen

sachkundige Einwohner

Herr Stefan Matz	DIE LINKE	nicht teilgenommen
Herr Jan Wendt	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste

Herr Norman Niehoff	Bereich Verkehrsentwicklung (zu TOP 3.2, 3.4, 3.11)
Herr Heiko Schenck	Bereich Verkehr und Technik (zu TOP 3.3, 3.9)
Frau Viola Holtkamp	Bereich Verbindliche Bauleitplanung (zu TOP 3.5, 3.8)
Herr Sigrun Rabbe	ProPotsdam Sanierungsträger (zu TOP 3.6)
Frau Martina Woiwode	Bereich Verkehrsanlagen (zu TOP 3.10)
Herr Dieter Jetschmanegg	Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung (zu TOP 3.7)

Protokoll

Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.4.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Erweiterung der Verantwortung der STEP für die Abfallentsorgung
Vorlage: 16/SVV/0122
Fraktion DIE LINKE
(Rücküberweisung)

- 3.2 Umbenennung Haltestelle Bornim Kirche
Vorlage: 16/SVV/0222
Fraktion CDU/ANW
(Wiedervorlage)

- 3.3 Schulwegsicherheit Grundschule an der Esplanade und der Leonardo-da Vinci Gesamtschule
Vorlage: 16/SVV/0261
Fraktion CDU/ANW
KOUL (ff), SBV, B/Sp.

- 3.4 Verbesserung der Verkehrsführung für den ÖPNV im Knotenbereich
Zeppelinstraße/Kastanienallee
Vorlage: 16/SVV/0266
Fraktion CDU/ANW
SBV (ff)
- 3.5 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite
Jungferensee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"
Vorlage: 16/SVV/0268
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV
- 3.6 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" , Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes
für die Blöcke III und IV
Vorlage: 16/SVV/0269
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.7 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0275
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 3.8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 "GeoForschungsZentrum Potsdam",
1. Änderung und Ergänzung, Änderung des räumlichen Geltungsbereichs,
Abwägungsbeschluss - förmliche Beteiligung Träger öffentlicher Belange,
Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Durchführungsvertrag
Vorlage: 16/SVV/0282
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff)
- 3.9 Überprüfung der Kreuzungsbereiche "Heinrich-Mann-Allee - Waldstraße" und
"Heinrich-Mann-Allee - Drevestraße"
Vorlage: 16/SVV/0286
Fraktion CDU/ANW, SPD
- 3.10 Städtebauliches Sanierungskonzept Kastanienallee
Vorlage: 16/SVV/0289
Fraktion DIE LINKE
- 3.11 Schopenhauerstraße
Vorlage: 16/SVV/0290
Fraktion DIE LINKE
- 3.12 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0296
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
+ alle Fachausschüsse
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.4.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 21.4.2016 gibt es keine Einwände; sie wird wie vorgelegt einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung unterbreitet der Vorsitzende folgende Vorschläge:

Den Tagesordnungspunkt 3.1, DS 16/SVV/0122, bittet die Verwaltung, da wegen Personalknappheit heute kein Vertreter teilnehmen kann, zu vertagen.

Den in der Nachtragstagesordnung angeführten Punkt 3.6, DS 16/SVV/0269, bittet Herr Lack zusätzlich auf die Tagesordnung zu nehmen und zu behandeln. Er sieht hierin umwelttechnische Belange gegeben, weswegen sich auch der hiesige Ausschuss mit der Vorlage befassen sollte.

Den Tagesordnungspunkt 3.7, DS 16/SVV/0275, bittet der Vertreter der Verwaltung, Herr Jetschmanegg (Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung), vorzuziehen, weil er im Anschluss an diesen Ausschuss auch noch in den parallel stattfindenden Ausschuss für Kultur und Wissenschaft müsse. Der Vorsitzende schlägt daher vor, diesen TOP als erstes zu behandeln.

Den Tagesordnungspunkt 3.12, DS 16/SVV/0296, bittet die Verwaltung auf die Sitzung am 8.9. zu vertagen. Da die Mitteilungsvorlage in alle Fachausschüsse überwiesen wurde und einige Ausschüsse parallel stattfänden, sei es sonst nicht möglich, in jeden Ausschuss einen Vertreter der Verwaltung zu entsenden.

Anmerkungen zum Vorgesprochenen gibt es nicht. Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung mit den o.g. genannten Änderungen zur Abstimmung; sie wird einstimmig angenommen.

Anträge auf Rederecht gibt es nicht.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Erweiterung der Verantwortung der STEP für die Abfallentsorgung

Vorlage: 16/SVV/0122

Fraktion DIE LINKE
(Rücküberweisung)

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.7 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0275

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Herr Jetschmanegg (Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung) bringt die Vorlage ein und begründet zunächst das Erfordernis eines Leitbildes, das auch auf einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 4.12.2013 (zur DS 13/SVV/0660) zurückgeht. Er erläutert das Verfahren und geht im Besonderen auf die 2015 erfolgte Bürgerbeteiligung ein. Stattgefundene Stadtdialoge und Leitbildwerkstätten hätten zahlreiche Ideen der Potsdamer Bevölkerung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang kündigt er einen Abschlussbericht zum Prozess an, in dem man sich gezielt über den Verlauf informieren kann. In regelmäßigen Abständen fand während des gesamten Prozesses eine Abstimmung mit dem eigens eingesetzten Lenkungsgremium, dem der Oberbürgermeister vorsitzt, statt. Dieses werde auch weiterhin aktiv an den nächsten Schritten beteiligt sein. Auf drei Punkte des Leitbildes geht er besonders ein: „Die wachsende Stadt“ – die im Ergebnis eine gemeinsame Stadt sein soll, „Die lebendige Stadt“ sowie „Die produktive Stadt“.

Herr Rietz bringt den folgenden Änderungsantrag für die Fraktion CDU/ANW ein und begründet ihn. Er bittet um Einzelabstimmung der aufgeführten Punkte:

„Folgende Änderungs- und Ergänzungsvorschläge sind gemäß Anlage zu berücksichtigen.

Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam

Unser Potsdam: Hauptstadt der Hauptstadtregion. Innovativ mit kulturellem Erbe.

Die innovative Stadt

Potsdam setzt den digitalen Wandel aktiv für Innovationen ein.

Der fruchtbare Umgang mit dem digitalen Wandel erfordert eine moderne IT-Infrastruktur. **Die digitale Versorgung muss in der Stadt und in allen Stadt- und Ortsteilen auf den neuesten technischen Stand ausgebaut werden. Ein kostenfreier, unbegrenzter Internetzugang in Potsdam sowie schnelles W-Lan für den gesamten Stadtbereich wird geschaffen!** Auf dieser Grundlage (...)

Die Wissensstadt

Potsdam ist eine Stadt der Bildung und des Wissens.

(...) Angesichts des städtischen Wachstums bedeutet dies vor allem Investitionen in Schulen und Kitas. **Potsdam steht für eine freie Schulwahl und bezieht aktiv das Engagement freier Schulträger mit ihrem differenzierten Bildungsangebot ein. Potsdam will für die Kinder eine lebensbejahende Entwicklung. Dies geschieht durch vorausschauende Förderung bei Schwächen und Förderung von bestehenden Stärken. Dafür werden die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen.** Darüber hinaus werden (...).

Potsdam ist eine Stadt der Wissenschaft.

(...) Daher kümmert sich Potsdam um beste Rahmenbedingungen

an den Wissenschaftsstandorten. **Potsdam wird seine etablierte Wissenschaftskommunikation nach innen verstärken und sein Forschungsmarketing für die unternehmensrelevanten Hightech-Kompetenzen nach außen weiter entwickeln.** Es bietet Studierenden sowie

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der ganzen Welt mit ihren Familien eine Heimat. Die Universitäten und die Forschungsinstitute bringen (...).

Die wachsende Stadt

Potsdam bekennt sich zum Wachstum der Stadt und gestaltet dieses nachhaltig. (...) Mit den Herausforderungen und Konflikten, die mit diesem Prozess verbunden sind, geht Potsdam bewusst um und gestaltet sie konstruktiv. **Nachhaltige Entwicklung soll die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichern und zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens bieten. Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung schützt unsere Umwelt mit ihren natürlichen Ressourcen, sie erhöht die Leistungsfähigkeit und sichert sie für die Zukunft.**

Potsdam ist eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum.

Wegen Zuzugs und der Veränderung der Haushalte benötigen die Einwohnerinnen und Einwohner mehr **Wohnraum als Mieter oder im selbstgenutzten Eigentum**. Je nach Lebenslage, (...). Potsdam nutzt sämtliche Instrumente, um **gemeinsam mit den privaten Wohnungsunternehmern, den privaten Eigentümern, den Genossenschaften und den städtischen Wohnungsunternehmen** die Finanzierbarkeit des Wohnens zu sichern. **Potsdam setzt sich für eine Verkehrsinfrastruktur ein, die regionale, nationale und internationale Vernetzung ermöglicht.** Potsdam ist eng mit seinen Nachbargemeinden verbunden und (...). Die Stadt setzt sich daher für eine gute regionale Verkehrsinfrastruktur und eine dem Stellenwert der Landeshauptstadt Potsdam entsprechende Anbindung ein. **Für Potsdam einschl. aller Stadt- und Ortsteile wird eine zielgerichtete vernetzte Stadtplanung umgesetzt. Deshalb wird ein perspektivischer Gesamtplan, ein Masterplan Potsdam 2050 entwickelt.**

Potsdam ist eine Stadt des Tourismus.

Die Landeshauptstadt Potsdam mit ihrem UNESCO-Welterbe verbindet (...). Diese werden überall in der Stadt ausgebaut, damit neben den klassischen Sehenswürdigkeiten auch die Stadtteile abseits der typischen Touristenwege für Gäste Interessantes bieten. **Potsdam wird offensiver, national und international für sich werben. Ein Standort- und Tourismusmarketing-Konzept wird erstellt und alle Marketingaktivitäten der Stadt werden in einer effizienten Organisation zusammen arbeiten.**

Die produktive Stadt

Potsdam steht für eine starke lokale Wirtschaft, die international vernetzt ist und die Nähe zur Wissenschaft nutzt.

Potsdam ist innovativ seit 1685! „Niederlassungsfreiheit in Brandenburg, Befreiung von Steuern, finanzielle Förderung von Wirtschaftsunternehmen für ihre Innovationen!“ – was wie eine Forderung nach moderner Wirtschaftsförderpolitik klingt, steht seit über 300 Jahren als Zusage im „Edikt von Potsdam“. Damals wie heute geht es in Potsdam darum, bestmögliche Rahmenbedingungen für hoch innovative Wirtschaftszweige zu schaffen, die mit modernen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen attraktiv sind für den Zuzug und den Verbleib von Fachkräften oder Akademikern. Die Stadt unterstützt aktiv die wirtschaftliche Entwicklung und Vernetzung Potsdams und beschließt dazu fortlaufend alle erforderlichen Maßnahmen. Die besondere Lage im Herzen Brandenburgs und vor den Toren Berlins wird genutzt, um die Attraktivität als Wirtschafts- und Arbeitsstandort auszubauen. **Potsdam betreibt eine entschlossene und einnahmeorientierte**

Wirtschaftspolitik. Durch Unternehmensansiedlungen und -neugründungen werden die Gewerbesteuereinnahmen erhöht. Der Bereich Wirtschaft wird durch die Bereitstellung von mind. 1 % des städtischen Haushalts aktive Wirtschaftsförderung betreiben. Dazu wird auch der Bereich Wirtschaftsförderung weiter ausgebaut und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet.

Potsdam ist eine Stadt mit zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten, **einer vielfältigen Einzelhandelsstruktur sowie einem innovativen Handwerk**

Die attraktive und historische Innenstadt Potsdams mit einem abwechslungsreichen Einzelhandelsangebot ist Anziehungspunkt für Potsdamerinnen und Potsdamer sowie für die Gäste unserer Stadt. **Sie wird schwerpunktmäßig weiter belebt. Die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden werden ermittelt und fließen in die Weiterentwicklung ein.** In den Stadt- und Ortsteilzentren ist eine gut erreichbare Nahversorgung zu finden. **Die Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Handwerks werden in Zusammenarbeit mit den Handwerkern optimiert.“**

Herr Walter bringt den Ergänzungsantrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet ihn. Auch er bittet um Einzelabstimmung der enthaltenen Punkte.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Ergänzungen an geeigneter Stelle in das Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam aufzunehmen:

1. Die Potsdamer Kulturlandschaft zählt seit 1990 zum UNESCO-Welterbe. Mit diesem Status verbindet die Stadt die Verpflichtung, ihr kulturelles Erbe für künftige Generationen zu bewahren und die Integrität ihres außergewöhnlichen universellen Wertes zu gewährleisten. Diese Besonderheit gilt es bei der Stadtentwicklung auch weiterhin zu berücksichtigen und zugleich der dynamischen Stadtentwicklung durch moderne und zukunftsweisende Stadtarchitektur Rechnung zu tragen.

2. Die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels auf die Umwelt und die globale Verschärfung ökologischer Probleme gehören sicherlich zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Potsdam reagiert auf Erkenntnisse aus der Debatte um den Klimawandel und verfolgt eine klimafreundliche Umweltpolitik durch ressourcenschonenden Energieeinsatz und die Verbesserung der Verkehrssysteme. Weiterhin hat Potsdam mit der Entwicklung der Gartenstadt Drewitz gezeigt, dass sich im Stadtgebiet klimaneutrales Wohnen entwickeln lässt. Potsdam strebt an, weitere Stadtteile klimaneutral zu entwickeln.

3. Die Ressource Wissen ist der wichtigste ökonomische Entwicklungsmotor für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Zentrale Voraussetzung hierfür ist die weitere Etablierung einer leistungsfähigen Netzwerkstruktur zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.“

Herr Lack erkundigt sich, wo sich die Ideen der Bürgerinnen und Bürger aus dem Beteiligungsverfahren wiederfinden.

Herr Jetschmanegg verweist auf das Internet. Unter www.potsdam-weiterdenken.de befinde sich eine Sammlung der Ideen der Potsdamer Bevölkerung zum Leitbild, auf die auch zukünftig zurückgegriffen werden soll. Zu den eingebrachten Änderungs- bzw. Ergänzungsanträgen bemerkt er, man müsse das Abstraktionsniveau des Leitbildes im Auge behalten. Allzu konkrete Vorschläge gehörten hier nicht herein. Das Leitbild ist bewusst abstrakt gestaltet. Die vorgebrachten detaillierten Vorschläge seien dann sinnvoll, wenn es um die Umsetzung geht.

Mehrere Mitglieder schließen sich dem an und kritisieren die Änderungsvorschläge insgesamt als zu konkret und für ein Leitbild nicht zielführend. Die Aufnahme von Details einer Seite, weckten wiederum Begehrlichkeiten auf einer anderen Seite. Auch wenn man sich durchaus auf die Aufnahme bestimmter Punkte einigen könnte, sei die Mehrzahl zu konkret und größtenteils nicht notwendig. Das Leitbild laufe Gefahr zu umfangreich zu werden und im Kern nicht mehr das zu sein, was es ist, ein Leitbild, das alle Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt mitnehmen soll.

Herr Rietz hält gerade Details für nötig, um den Bürger anzusprechen, deswegen die Änderungsvorschläge.

Herr Jetschmanegg verweist auf den gestrigen Finanzausschuss, wo die Vorlage in 1. Lesung behandelt wurde und schlägt dieses Verfahren auch für den hiesigen Ausschuss vor. Eine solche Vielzahl von Informationen sollte man nochmals in Ruhe verarbeiten können.

Herr Lack nimmt diesen Verfahrensvorschlag auf und unterbreitet ihn den Ausschussmitgliedern.

Herr Walter räumt ein, dass die vorgebrachten konkreten Vorschläge einer nochmaligen intensiveren Befassung bedürfen. Hierfür sei in dem benannten Lenkungsgremium wohl mehr Raum als in einem Ausschuss. Er schlägt daher vor, die Detailfragen im Lenkungsgremium mit Vertretern der Fraktionen nochmals näher zu beleuchten und bittet Herrn Jetschmanegg, dies als Vorschlag mitzunehmen und sich für eine solche Runde einzusetzen.

Herr Jetschmanegg nimmt diesen Vorschlag wohlwollend mit und will im Lenkungsgremium für das Leitbild dafür werben.

Herr Jäkel gibt den Hinweis, dass in der vorgeschlagenen Runde dann auch unbedingt der Naturschutz miteingearbeitet werden soll, der seinem Erachten nach derzeit noch zu kurz komme.

Zum Verfahren schlägt der Vorsitzende vor, die Vorlage solange zu vertagen bis ein Ergebnis aus dem Lenkungsgremium vorliegt. Dann könne die Vorlage erneut im Ausschuss aufgerufen und abschließend behandelt werden.

Der Vorsitzende stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung.

Er wird einstimmig **angenommen**.

Die Vorlage nebst den eingebrachten Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschlägen wird auf unbestimmte Zeit zurückgestellt und erneut aufgerufen, sobald ein Ergebnis des Lenkungsgremiums vorliegt.

zu 3.2 Umbenennung Haltestelle Bornim Kirche

Vorlage: 16/SVV/0222

Fraktion CDU/ANW

(Wiedervorlage)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) geht zunächst auf die Fragen aus der letzten Sitzung ein. Er informiert, dass für eine Haltestellenumbenennung Kosten in Höhe von rund 5 000 € entstünden, die auf einem Überschlag auf Basis der Erfahrungen der letzten Jahre basieren. Die verschiedenen Kostenpositionen ließen sich zwar nicht bis ins Kleinste detailliert abbilden, sie setzen sich aber im Wesentlichen aus den folgenden Positionen zusammen:

- Druck für Haltestellenfahnen (zwei je Haltestelle),
- Haltestellenansagen/-anzeigen in den Straßenbahnen bzw. Bussen,
- Neuauflage von Liniennetzplänen,
- Fahrplanflyer und
- Anpassungen im Verbundbereich (digitale Fahrplanauskünfte und Haltestellendatenbank).

Dabei seien die ersten zwei Positionen spezifisch für jede Haltestelle. Bei den übrigen Punkten ergäben sich starke Synergien durch die Bündelung mehrerer Änderungen.

In diesem Jahr seien keine weiteren Umbenennungen von Haltestellen geplant, erst in 2017 wieder.

Herr Rietz bringt die folgende Ergänzung für den Einbringer des Antrages ein:

„Wenn zum Fahrplanwechsel Herbst 2016 diese die einzige Umbenennung im Stadtgebiet von Potsdam sein sollte, wird die Umbenennung auf Herbst 2017 verschoben.“

Der Ausschussvorsitzende stellt den ergänzten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Bushaltestelle in Bornim an der Kirche wird zum nächsten Fahrplanwechsel rückbenannt von „Hugstraße“ in „Bornim Kirche“.

Wenn zum Fahrplanwechsel Herbst 2016 diese die einzige Umbenennung im Stadtgebiet von Potsdam sein sollte, wird die Umbenennung auf Herbst 2017 verschoben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.3 Schulwegsicherheit Grundschule an der Esplanade und der Leonardo-da Vinci Gesamtschule
Vorlage: 16/SVV/0261
Fraktion CDU/ANW
KOUL (ff), SBV, B/Sp.

Herr Rietz bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Schenck (Bereich Verkehr und Technik) verweist darauf, dass die benannte Kreuzung bereits Teil einer Prüfung war und dabei eine Gefährdung nicht festgestellt werden konnte. Er schlägt aber einen Ortstermin vor der betreffenden Schule vor, um sich hier noch einmal ein gesondertes Bild zu machen. Entsprechend rät er, den Antrag in einen Prüfauftrag zu ändern.

Herr Rietz stimmt dieser Vorgehensweise zu und bringt den geänderten Antrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen, ob**

1. an der Ecke Georg-Herrmann-Allee/Esplanade für Schulkinder der neuen Grundschule an der Esplanade sowie der Leonardo-da Vinci Gesamtschule eine Straßenüberquerung einzurichten **eingrichtet werden kann**.

2. dafür Sorge zu **getragen werden kann**, dass die Fußgängerampel an der Kreuzung Esplanade – Am Pfingstberg/Nedlitzer Straße in für Schulkinder geeigneten Phasen geschaltet wird.“

Herr Schenck verdeutlicht auf Nachfrage noch einmal, dass der Ortstermin in jedem Fall stattfinden wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen, ob**

1. an der Ecke Georg-Herrmann-Allee/Esplanade für Schulkinder der neuen Grundschule an der Esplanade sowie der Leonardo-da Vinci Gesamtschule eine Straßenüberquerung einzurichten **eingerrichtet werden kann**.

2. dafür Sorge zu **getragen werden kann**, dass die Fußgängerampel an der Kreuzung Esplanade – Am Pflingstberg/Nedlitzer Straße in für Schulkinder geeigneten Phasen geschaltet wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 3.4 Verbesserung der Verkehrsführung für den ÖPNV im Knotenbereich Zeppelinstraße/Kastanienallee

Vorlage: 16/SVV/0266

Fraktion CDU/ANW

SBV (ff)

Herr Rietz bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) geht auf die einzelnen Punkte des Antrages ein. Hierbei könne den Punkten 1 und 2 gefolgt werden. Bei dem Punkt 3 sehe es deutlich schwieriger aus. Hier wären massive Umbauten der Kastanienallee bis hin zur Wegnahme einer kompletten Baumreihe nötig.

Nachdem kein Redebedarf besteht, stellt der Ausschussvorsitzende den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Verbesserung der Verkehrsführung für den ÖPNV im Knotenbereich Zeppelinstraße/Kastanienallee zu prüfen,

1. ob die Schaffung einer gemeinsamen Bus- und Tramführung in der Kastanienallee ab der Tramhaltestelle möglich ist und wie dies gegebenenfalls bereits im Haushalt 2017 berücksichtigt werden kann;
2. ob die Schaffung eines Schutzstreifens / Radstreifens in der Kastanienallee ab Haeckelstraße mit direkter Linksabbiegemöglichkeit in die Zeppelinstraße möglich ist und in welchem Zeitrahmen dies gegebenenfalls erfolgen könnte;

3. ob der Umbau der gesamten Kastanienallee zur Schaffung einer durchgängigen ÖPNV-Spur möglich ist und in welchem Zeitrahmen dies gegebenenfalls erfolgen könnte, sowie ob im Rahmen eines solchen Umbaus ein Straßenbelag verbaut werden kann, der zu deutlich geringeren Lärmemissionen für die Anwohner führt.

Dem SBV Ausschuss ist zu den Ziffern 1 und 2 bis zum 27. September 2016 sowie zu der Ziffer 3 bis zum 1. Quartal 2017 über das Prüfergebnis zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"
Vorlage: 16/SVV/0268
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation (sh. Aktenmappe zu dieser Sitzung). Sie geht auf die einzelnen Handlungsoptionen ein und informiert, dass der Entwurf im September 2016 ausgelegt werden soll. Der Ausschuss stünde demnach nicht unter Zeitdruck, heute eine Abstimmung vorzunehmen. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sei die Vorlage auf den 27.9. vertagt worden. Die Verwaltung präferiere die Handlungsoption 3. Von der Politik erhoffe sie sich eine Orientierung für die anstehenden Verhandlungen mit den Eigentümern.

Herr Jäkel hält die von der Verwaltung vorgeschlagene Handlungsoption 3 für irreführend. Die Fläche solle mindestens an den meisten Tagen im Jahr für die Öffentlichkeit begehbar sein.
Er bringt einen entsprechenden Änderungsantrag ein:

„Die StVV möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 146 „Nordwestseite Jungfernsee/ Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ ist im Bereich der ehemaligen historischen Parkanlage Villa Jacobs auf Grundlage der in Anlage 4 dargestellten Handlungsoption 1 fortzuführen mit Ergänzung des Gehrechtes am Ufer entsprechend Anlage 6.“

Außerdem schlägt er die Vertagung der Vorlage vor, da der an die Verwaltung ergangene Auftrag, Gespräche mit den Eigentümern zu führen, noch nicht erfüllt ist. Die hierbei zu eruiierenden Eigentümerinteressen seien jedoch für eine Entscheidungsfindung maßgeblich.

Frau Holtkamp geht auf Nachfragen ein und bestätigt, dass Eigentümerinteressen in eine Bebauungsplanung Eingang finden müssten, ansonsten drohe rechtliche Unwirksamkeit. Die Erhaltung der Begehbarkeit sei Gegenstand der geplanten Gespräche mit den Eigentümern.

Der Vorsitzende übernimmt den Vorschlag von Herrn Jäkel zur Vertagung der Vorlage und schlägt hierfür die Sitzung am 8.9. vor, wo dann auch die Ergebnisse der Gespräche mit den Eigentümern aufgenommen werden sollen. Unter ausdrücklicher Zustimmung der Mitglieder stellt er gegenüber der Verwaltung klar, dass die politische Orientierung auf jeden Fall in Richtung Erhalt des Uferweges geht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Vorschlag zur Vertagung auf den 8.9. zur Abstimmung.

Er wird einstimmig **angenommen**.

zu 3.6 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" , Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV

Vorlage: 16/SVV/0269

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Rabbe (ProPotsdam Sanierungsträger) bringt die Vorlage ein und erläutert sie ausführlich. Die Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV beinhaltet den Neubau von bis zu 40 Gebäuden, davon an 3 Stellen mit Wiederherstellung von historischen Fassaden/Strukturen. Vorgesehen sind ein großer Anteil Wohnen und Büronutzung. Angestrebt ist die Etablierung von gefördertem Wohnen, wie beispielsweise die Unterbringung von Studenten. Im Erdgeschoss sollen kleinerer Einzelhandel und Dienstleistungen möglich sein. Verkehrlich ist vorgesehen, die Erschließung ausschließlich von der Ostseite vorzunehmen und an 4 Stellen Tiefgaragen mit ampelgeregelter einspuriger Ein- und Ausfahrt vorzusehen, die nicht mehr als jeweils 50 Stellplätze bieten. Die Parzellierung werde über 17 Lose im Vergabeverfahren für die Grundstücke erfolgen; die Zuschlagserteilung erfolgt nach einem zweistufigen Auswahlverfahren. Die konkreten Vorgaben zur Nutzung und Gestaltung der Einzelparzellen der Blöcke III und IV wurden in den Grundstückspässen zusammengefasst. Hier wird unterschieden zwischen Vorgaben, die zwingend einzuhalten sind und Empfehlungen, die flexibel gehandhabt werden.

Herr Lack erkundigt sich unter anderem nach Ersatz für überbaute Grünflächen. Nach seinem Verständnis gebe es nach der geplanten Umgestaltung weniger Grünflächen als noch zurzeit. Zur vorgestellten Parkraumbewirtschaftung in dem betreffenden Areal hat er Zweifel, ob diese in der Form und Anzahl ausreicht. Hier befürchtet er erhebliche Probleme.

Frau Rabbe verweist bezüglich der Grünflächen auf den Bebauungsplan, in dem Umwelt- und Naturaspekte sowie eventuell vorzunehmender Ausgleich festgeschrieben würden. Probleme in Bezug auf die Parkraumbewirtschaftung sieht sie nicht. Der Einzelhandel, der hier geplant sei, sei in seinem Umfang so gering, dass keine größeren bzw. mehr Parkräume notwendig seien.

Herr Jäkel schlägt vor, als Ausgleich für die überbauten Grünflächen auf die Bebauung der Innenhöfe zu verzichten.

Er bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Vorfeld der Beschlussfassung zu dieser Vorlage eine Einwohnerversammlung zur öffentlichen Vorstellung und Diskussion der Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes durchzuführen.“

Herr Piest stellt fest, dass der Ergänzungsantrag im Hinblick auf den zeitlichen Ablauf nicht funktioniere.

Frau Rabbe weist auf die neu eröffnete Infobox der Landeshauptstadt in der Nähe des Bildungsforums hin, in der sich interessierte Bürgerinnen und Bürger von freitags bis sonntags umfangreich informieren könnten. Fachpersonal stünde für Nachfragen ebenfalls zur Verfügung.

Herrn Beck ist nicht klar, welche „Einwohner“ in dem Ergänzungsantrag gemeint sind. Seines Kenntnisstandes nach gebe es auf dem in Rede stehenden Areal derzeit keine Bewohner. Er bittet um Aufklärung.

Herr Jäkel gibt an, dass hier die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen gemeint seien und nicht die Einwohner eines bestimmten Gebietes.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Vorfeld der Beschlussfassung zu dieser Vorlage eine Einwohnerversammlung zur öffentlichen Vorstellung und Diskussion der Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes durchzuführen.

Er wird mit 2:4:0 Stimmen **abgelehnt**.

Der Ausschussvorsitzende stellt die ungeänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In Konkretisierung des "Integrierten Leitbautenkonzeptes" (DS 10/SVV/0412) soll die weitere städtebauliche Entwicklung der Blöcke III und IV in der Potsdamer Mitte entsprechend der in Anlage 1 dargestellten Blockkonzepte sowie unter Zugrundelegung der Ziele und Leitlinien gemäß Anlage 2 erfolgen.
2. Die für die Ausschreibung/Vergabe der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke der Blöcke III und IV in der Potsdamer Mitte sind die Allgemeinen Verfahrensgrundsätze gemäß Anlage 3 anzuwenden.
3. Bestandteil der Ausschreibung der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke in den Blöcken III und IV sind die konkretisierten Vorgaben zu Gestaltung und Nutzung in den Grundstückspässen gemäß Anlage 4.
4. Zur planungsrechtlichen Sicherung der Umsetzung des konkretisierten Leitbautenkonzeptes sind nach § 2 Abs. 1 BauGB für das Quartier III der Bebauungsplan SAN-P 18 „Friedrich-Ebert-Straße/Steubenplatz“ gemäß Anlage 5 und für das Quartier IV der Bebauungsplan SAN-P 19 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ gemäß Anlage 6 aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 3.8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 "GeoForschungsZentrum Potsdam", 1. Änderung und Ergänzung, Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Abwägungsbeschluss - förmliche Beteiligung Träger öffentlicher Belange, Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Durchführungsvertrag
Vorlage: 16/SVV/0282
 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 SBV (ff)

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie ausführlich anhand einer Präsentation, die in der Aktenmappe zur Sitzung enthalten ist. Sie verweist auf die Behandlung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (SBV) und dem daraus resultierenden Wunsch einer Ergänzung der Vorlage, die festlegt, dass nach diesem Planverfahren auf dem Telegrafenberg keine städtebauliche Entwicklung mehr stattfinden wird.

Diesem Wunsch entsprechend bringt sie folgenden Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage ein:

„5. Mit diesem Planverfahren soll die städtebauliche Entwicklung auf dem Telegrafenberg zum Abschluss gebracht werden.“

Herr Henning erkundigt sich, ob eine Überbauung der vorhandenen Waldwege geplant sei.

Frau Holtkamp gibt an, dass ein Waldweg gegen einen zu schaffenden Ausgleich überbaut werden würde, die restlichen blieben bestehen.

Herr Jäkel geht noch einmal auf das Zustandekommen des Ergänzungsantrages im SBV-Ausschuss ein und signalisiert seine Zustimmung zu dieser Formulierung.

Herr Walter hingegen hält die Formulierung für zu weich und nicht konsequent genug.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Verwaltung zur Beschlussvorlage zur Abstimmung.

5. Mit diesem Planverfahren soll die städtebauliche Entwicklung auf dem Telegrafenberg zum Abschluss gebracht werden.

Er wird einstimmig **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende stellt die wie folgt geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 2 "GeoForschungsZentrum Potsdam", 1. Änderung und Ergänzung ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern (siehe Anlage 2)

2. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf " GeoForschungsZentrum Potsdam", 1. Änderung und Ergänzung entschieden (siehe Anlagen 3).

3. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 2 "GeoForschungsZentrum Potsdam", 1. Änderung und Ergänzung sind nach § 3 Abs. 2 i.V.m. § 12 BauGB öffentlich auszulegen. (siehe Anlagen 4 und 5).

4. Dem Durchführungsvertrag zur 1. Änderung und Ergänzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird gemäß § 12 Abs. 1 BauGB zugestimmt, soweit aus der Öffentlichkeitsbeteiligung kein Änderungsbedarf mehr resultiert (siehe Anlage 6)

5. Mit diesem Planverfahren soll die städtebauliche Entwicklung auf dem Telegrafenberg zum Abschluss gebracht werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.9 Überprüfung der Kreuzungsbereiche "Heinrich-Mann-Allee - Waldstraße" und "Heinrich-Mann-Allee - Drevestraße"

Vorlage: 16/SVV/0286
Fraktion CDU/ANW, SPD

Herr Rietz bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Schenck (Bereich Verkehr und Technik) teilt mit, dass aus Sicht der Verwaltung die betreffenden Kreuzungen verkehrssicher seien. Er schlägt vor, wenn eine Prüfung vorgenommen werden soll, auch die Kreuzung Heinrich-Mann-Allee/ Alte Zauche in den Prüfauftrag mit einzubinden. Zudem bittet er, den Termin zur Berichterstattung weiter nach hinten zu legen, um der Verwaltung etwas mehr Zeit für die Prüfung zu geben.

Herr Henning hält die Kreuzungen für gefährlich, wie er aus eigener Erfahrung berichten kann. Er fordert eine klare Ampelsignalisierung für Fußgänger an diesen Stellen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den wie folgt geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kreuzungsbereiche "Heinrich-Mann-Allee - Waldstraße", und "Heinrich-Mann-Allee - Drevestraße" **und „Heinrich-Mann-Allee – Alte Zauche“** auf Optimierungsmöglichkeiten der Signalanlage für den ausfließenden Verkehr aus der Siedlung am Brunnen und die Anbringung von Lichtwarnsignalen für den querenden Fußgänger- und Radverkehr an den beiden Kreuzungen zu überprüfen. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist im ~~September~~**November** über mögliche Optimierungsmaßnahmen mit deren Auswirkungen (Kosten & Zeitplan) zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.10 Städtebauliches Sanierungskonzept Kastanienallee

Vorlage: 16/SVV/0289
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Er bittet um Zustimmung.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) hält ein Konzept für die Kastanienallee für wünschenswert. Denn hier lägen mehrere Problemlagen vor, die sich vom Lärm über das Parken bis hin zum Zustand der Gehwege erstreckten. Bisher war es jedoch nicht möglich den Umbau der Kastanienallee in den Haushalt einzubinden. Wann das entsprechende Budget vorhanden sein wird, ist nicht klar. Bis das der Fall ist, könnte ein jetzt erstelltes Konzept schon nicht mehr zeitgemäß und im schlimmsten Fall nicht mehr anwendbar sein. Ein weiteres Problem ergäbe sich beim Umbau der Kastanienallee selbst, der sich äußerst schwierig gestalten würde. Auch mit der gewünschten Zeitschiene werde man auf keinen Fall hinkommen.

Herr Jäkel lenkt ein und betont, dass ihm eine überblicksartige Zusammenfassung als eine Art Entscheidungsvorbereitung ausreiche. Er bittet um Auskunft, ob der Begriff „Sanierungskonzept“ möglicherweise entsprechend geändert werden sollte.

Herr Lack weist darauf hin, dass durch die Umgestaltung der Zeppelinstraße die Kastanienallee um ein vielfaches mehr frequentiert ist. Dies bedeute deutlich mehr Staus und entsprechende Auswirkungen auf Feinstaub, Lärm etc. Er plädiert deutlich für den Prüfauftrag.

Frau Woiwode betont nochmals, dass der mittelfristige Haushalt bis 2020 aufgestellt sei und dort keine städtebaulichen Mittel enthalten seien. Zudem weist sie auf den Schutzstatus der Bäume hin, die bereits eine beträchtliche Größe erreicht haben. Zur Frage der Begrifflichkeit gibt sie an, wäre der Begriff „Variantenuntersuchung“ möglich, an der o.g. Problemlage würde aber auch eine andere Benennung nichts ändern.

Herr Jäkel übernimmt die Änderung zur Begrifflichkeit „Variantenuntersuchung“ statt „Sanierungskonzept“ und greift die Bedenken bezüglich der Zeitschiene auf. Als neuen Vorstellungstermin gibt er Mitte 2017 an.

Er bittet die Verwaltung in ihre Überlegungen auch verschiedene Varianten von Bordsteinen miteinzubeziehen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine städtebauliches **SanierungskonzeptVariantenuntersuchung** für den Straßenkörper der Kastanienallee vorzubereiten, das einen behutsamen Umgang mit den wertvollen

Kastanienbäumen und mit dem Stadtbild prägenden wertvollen Natur-Großsteinpflaster sicherstellt. Dem Konzept soll der schonende Umgang mit den Bäumen einerseits und der Erhalt der Großpflastersteine im Stadtbild dieses Teils von Potsdam-West andererseits zugrunde liegen, auch wenn die Straßenfahrbahn selbst künftig großteils asphaltiert wird und die Pflastersteine zu gleichen Teilen in den Einmündungen aller abgehenden Nebenstraßen sowie in Nebenanlagen der Kastanienallee selbst eingebaut werden. Das Konzept wird der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2016 **Mitte 2017** vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.11 Schopenhauerstraße
Vorlage: 16/SVV/0290
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) weist im Fall der Schopenhauerstraße auf zweckgebundene Fördermittel bis 2027 hin, die unter Umständen zurückgezahlt werden müssten. Zudem würde eine wie hier geforderte verkehrstechnische Untersuchung deutlich den Rahmen eines Prüfauftrages sprengen. In keinem Fall sei die gewünschte Zeitschiene zu halten. Allein die Untersuchung selbst dürfte etwa ein Jahr in Anspruch nehmen. Hinzu käme eine Ausschreibung für eine notwendige externe Unterstützung, für die man zusätzlich ein halbes Jahr einplanen müsse. Die Verwaltung sehe zudem nach wie vor von einer Öffnung der Schopenhauerstraße ab. Der Auftrag sollte demnach nicht erteilt werden.

Herr Jäkel erwidert, dass er maximal drei Varianten sehe, die geprüft werden sollen.

Herr Niehoff untermauert noch einmal seine vorherigen Ausführungen und betont, dass es nicht bei der Untersuchung von drei Varianten bleiben könne, es würden wesentlich mehr werden.

Herr Jäkel räumt der Untersuchung mehr Zeit ein und ändert den Antrag im Hinblick auf die Vorstellung der Ergebnisse auf November 2017.
Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine verkehrstechnische Untersuchung in Auftrag zu geben, die verschiedene Szenarien betreffs der Verbindung des nördlichen Teils der Schopenhauerstraße mit dem südlichen Teil der

Schopenhauerstraße in unterschiedlichen Varianten der Anbindung der Charlottenstraße beinhaltet.

Dabei sind insbesondere Verlagerungen von Verkehrsströmen, die derzeit den doppelten Umweg über den westlichen Teil der Breiten Straße und den östlichen Teil der Zeppelinstraße befahren, in den südlichen Abschnitt der Schopenhauerstraße quantitativ und qualitativ zu bewerten. Es sind konkrete Betroffenheitsanalysen nach Zahl der Anlieger und Anwohner in den beiden alternativen Straßenzügen gegenüberzustellen. Es sind die Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Knoten Breite Straße / Zeppelinstraße und Schopenhauerstraße/Charlottenstraße einschließlich der Durchlassfähigkeit für den ÖPNV zu untersuchen.

Es sind verschiedene Varianten bezüglich der Charlottenstraße von möglicher Abhängung des MIV von der Schopenhauerstraße (mit Wendemöglichkeit) und eingeschränkter Anbindung bis Vollanschluss zu vergleichen, um zumutbare Situationen in der Charlottenstraße sicherzustellen.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist im November 2016 ein Bericht dazu vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 3.12 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0296

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
+ alle Fachausschüsse
(Mitteilungsvorlage)

Vertagt auf die Septembersitzung am 8.9. (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 5 Sonstiges

Nichts.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift